

Rede Kreistag, 08.12.2025 / HH-Plan

Sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Kreisrätinnen und Kreisräte, meine Damen und Herren,

zunächst eine Vorbemerkung: es ist bekannt, dass der Kreistag kein Parlament, sondern ein Verwaltungsorgan darstellt. Dennoch, von den jeweiligen Parlamenten (Bund und Land) sollte das Konnexitätsprinzip (wer beschließt, der zahlt) eingehalten werden. Dies ist leider nicht der Fall, so z.B. im Bereich Bildung, wo nur 68 % der Kosten für Ganztagsbetreuung in den Kommunen (im Bereich des Kreises auch SBBZ) der enorm hohen Kosten (ab 26/27 dauernd stark ansteigend) vom Land übernommen werden, den Kommunen also mit 32 % fast 1/3 aufgebürdet wird!

Für Kreis, Städte und Gemeinden wird, letztere bei absehbar steigender Kreisumlage, bei gleichzeitigem Rückgang der Gewerbesteuer aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Entwicklung und auch aufgrund des nominell geringeren Anteils an der Lohn- und Einkommenssteuer aufgrund des Rückgangs der Arbeitsplätze ein deutlicher Zuwachs an Ausgaben bei immer weniger Einnahmen bevorstehen.

Das bestätigen auch die Aussagen des Präsidenten des Städtetages OB Mentrup (SPD), des Ehrenpräsidenten Landrat a.D. Walter (CDU) und des Präsidenten des Gemeindetags Jäger,

In den Jahren 2017 bis 2021 konnten Investitionen des Kreises noch vollständig aus der vorhandenen Liquidität ohne Kreditaufnahmen finanziert werden.

Der im Text des HHP 26 enthaltene Verweis auf das HH-Jahr 2022 geht zwar auf eine Verbesserung des geplanten Ergebnisses für dieses Jahr aus, bei jedoch deutlich höheren Aufwendungen im Bereich der Zuwanderung und Integration und dem Verlustausgleich für das Zollernalbkrankenhaus.

Zum HH-Jahr 2024 hat das Regierungspräsidium einen Teilbetrag der Verpflichtungsermächtigungen, für den dann in den Folgejahren Kreditaufnahmen vorgesehen sind, in Höhe von 8,2 Mio. € genehmigt.

Der im HH-Plan 2025 veranschlagte Fehlbetrag von 4 Mio. € wird sich zwar laut Angabe auf Seite 4 des HH-Plans verringern, weist aber immer noch 3,4 Mio. € aus.

Der voraussichtliche Schuldenstand zum Jahresende 2026 beträgt als Planzahl 29,3 Mio. €.

Es ist zu lesen, dass zur Finanzierung von Investitionen im Finanzhaushalt kaum mehr als die liquiden Mittel zur Verfügung stehen, die aus Abschreibungen erwirtschaftet werden können. Für den Neubau des Zentralklinikums können zwar 2027 und 28, teilweise noch 2029 Landesfördermittel in Anspruch genommen werden. Ab 2029 werden dann hohe Kredite zur Finanzierung aufgenommen werden müssen:

Im jeweiligen Finanzjahr vorgesehene Kreditaufnahme:

2027 9,46 Mio. / 2028 8,46 Mio. / 2029 75,14 Mio. €
(Planzahlen / keine tatsächlichen Zahlen)

Im HH-Plan ist zwar (Seite 196) ein voraussichtlicher Stand der Rücklagen in Höhe von 42,69 Mio. € ausgewiesen, aber

ein Großteil (=??) der Liquidität aus diesen Rücklagen wurde bereits für Investitionen verwendet.

Ja, im HH-Pan sind natürlich in den einzelnen Bereichen Einnahmen aufgeführt, denen geplante Ausgaben gegenübergestellt werden.

Aber auch bei diesen ausgewiesenen Einnahmen, ebenfalls Planzahlen, handelt es sich überwiegend um erhaltene Anteile der von Leistungsträgern unserer Gesellschaft entrichteten Lohn- und Einkommenssteuer. Diese „Einnahmen“ sind also auf deren Arbeit zurückzuführen – Leistungsträger, die im Gegensatz zu zu vielen anderen zum Wirtschaftswachstum (zurzeit + 0,X %) beitragen und damit im Schweiße ihres Angesichts den Wohlstand der Gesellschaft erhalten.

Wenn dann in der Drucksache VF-Nr.81/2025, Seite 14 von einer Verbesserung des Bestandes der Finanzierungsmittel um 4,1 Mio. € zu lesen ist, bleibt doch ein enormer Betrag in Höhe von 6,9 Mio. €, der sich als geplante Kreditaufnahme darstellt.

Für eine Verringerung der Ausgaben wären aus Sicht der AfD-Kreistagsfraktion verschiedene Möglichkeiten gegeben, auf die ich beispielhaft eingehen werde:

- Verwirklichung des Zentralklinikums bei gleichzeitigem Ausbau der Regionalstadtbahn:
Ein Angehen beider Projekte ist aus finanzieller Sicht nicht möglich, die Verschuldung für die derzeitige und die Folgegeneration wäre zu hoch, das Projekt der Regionalstadtbahn ist zurückzustellen, wenn nicht aufzugeben.
- Personalausgaben
Die geplanten Personalausgaben steigen von 2024 auf 2026 (von 52,33 Mio. auf 60,61 Mio. €) um 15,82 %.
Wir schlagen eine Besetzungssperre für Personalstellen im elementaren / ausführenden Bereich vor. Dies mit dem Ziel der Einsparung von 10% der Stellen, indem freiwerdende Stellen in diesem Bereich unbesetzt bleiben, was vorwiegend durch Umbesetzungen und Digitalisierung erreichbar ist.
- Migration / Flüchtlinge
Im Bereich Migration (Seite 111 / AMT 42) belaufen sich die ordentlichen Aufwendungen auf 12,6 Mio. €. Eine Senkung der Kosten ist über Sachleistungen erreichbar, was in verschiedenen anderen Ländern als Signal eine deutliche Auswirkung auf die Zuwanderung von Flüchtlingen (nicht Asylanten) hat.

,

- Zentralisierung der Verwaltung
Mit der Schaffung eines zusammenhängenden Gebäudekomplexes – evtl. auch gemeinsam mit der Stadt Balingen – sind Einsparungen in größerer Höhe möglich.
Auf eine weitere Hinausschiebung – verbunden mit hohen Kosten für Gutachten und einer Erhöhung der Kosten späterer Verwirklichung – soll verzichtet werden. Ein Anbau an das bestehende LRA-Gebäude, wie bei der letzten VF-Ausschuss-Sitzung besprochen, wird im Gegensatz zum Vorschlag der Verwaltung weitere hohe Kosten verursachen.
- Radwegenetz (als weiteres Beispiel):
Die Verwirklichung der Ansätze für 2026 betragen (Rotenzimmern-Leidringen 3,74 Mio. / Lotzenäcker 1,2 Mio. / Lückenschluss HCH 0,57 Mio.) zusammen nur für diese drei 5,57 Mio., bereits 2025 4,4 Mio. €. Bei der Beachtung der tatsächlichen Nutzung steht hier eine deutliche Reduktion des ideologischen Projekts Radwege zur Überlegung an.
- Energie und Klimaschutz
die Ausgaben für die sogenannte Energiewende und einen (nicht durchführbaren) Klimaschutz würden in der BRD – die sich weltweit allein diesem Ziel verschrieben hat – 5,4 Bio € betragen.
Wir lehnen dies als AfD-Fraktionen – nicht nur im Kreistag – ab. Ebenso lehnen wir eine Erhöhung der Einlagen und / oder Gewährleistungen für die OEW

ab, die die Energieproduktion zu 90 % durch die Windkraft zu erreichen sucht.

Zusammenfassend stelle ich Folgendes fest:

Für 2026 (Seite 95 HH-Plan) sind geplant:

Kreditaufnahmen 9,8 Mio. aus Kreditermächtigung 2025 und 4,5 Mio. aus 2024, neu aus 2026 über 11 Mio. €, Stand am Ende des Jahres 2026 29.274.140 €.

Die Pro-Kopf Verschuldung des Zollernalbkreises steigt von 2025 angegeben mit 30,57 € auf 2026 auf 151,62 €. (Seite 95).

Selbst wenn diese Planzahlen geringer ausfallen sollten, bleiben die ausgewiesenen Kreditaufnahmen von 2027 bis 2029, letztere mit 75,14 Mio. € eine Erhöhung des Volumens, das eine außerordentliche Belastung unserer tätigen Mitbürger, der Kinder und der zukünftigen Generation darstellt.

Mir ist klar, dass diese Misere in erster Linie Auswuchs der gesetzlichen Vorgaben und die Nichteinhaltung der Prinzipien der Konnexität und der Subsidiarität ist.

Dass die Verwaltungen von Kreis, Städten und Gemeinden anhand ihrer Pflichtaufgaben geknebelt sind, ist mehr als bedauerlich!

Streng genommen wäre die richtige Konsequenz hier die Inanspruchnahme der Remonstrationspflicht. Leider liegt wohl hier keine Bereitschaft in der Mehrheit des Kreistags vor.

Aus diesem Grund – fehlende Konnexität und Subsidiarität und der genannten Zukunftsprobleme werde ich mich – in Ansehung der Bemühungen der Verwaltungen der Kreis-, Städte- und Gemeinden bei der Abstimmung über den Haushaltsplan 2026 des ZAK – schweren Herzens - enthalten.

Vielen Dank!